

Der Widerstand gegen die Donroe-Doktrin in Lateinamerika
von Alexander Charlamenko

(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba“, Moskau, 23. September 2026,
vgl. https://prometej.info/soprotivlenie-doktrine-donro-v-latinskoj-amerike/)

Auf dem gesamten Erdball spitzt sich die Konfrontation zwischen dem Lager der imperialistischen Aggression und des Neofaschismus einerseits und dem größeren Teil der Welt andererseits zu, dessen Bevölkerungen danach streben, die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung im Interesse einer besseren Zukunft zu bewahren. Die Stimme der Mehrheit der Weltgemeinschaft wird sich auf der gestern eröffneten Sitzung der UN-Generalversammlung auf die eine oder andere Weise Gehör verschaffen.

Die USA, auf deren Territorium sich leider der Sitz der UNO befindet, verweigerten der palästinensischen Delegation unter der Leitung von Mahmud Abbas erneut die Einreisevisa: Der Erklärung des Außenministeriums zufolge verhalte sich die palästinensische Verwaltung „nicht gemäß ihren Verpflichtungen gegenüber den USA“. Seit 2025 erkennen Frankreich, Großbritannien, Australien, Kanada und eine Reihe weiterer Länder Palästina als Staat offiziell an. Von den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats bilden hier nur noch die USA eine Ausnahme.

Donald Trump sprach sich in einem Gespräch mit Jensen Huang, CEO des Unternehmens „Nvidia“, gegen eine internationale Kontrolle der Entwicklung der „Künstlichen Intelligenz“ aus, für die einige US-Kongressabgeordnete und sogar Chefs einer Reihe transnationaler Konzerne dieser Branche, darunter Elon Musk, plädieren. Trump verkündete, dass China als Hauptkonkurrent hinter diesem Anschlag auf US-Interessen in diesem Bereich stecken würde. Seinem Stil gemäß bezeichnete er KI-Datenzentren als „Erdöl der nächsten 20-25 Jahre“, da sie „Menschen und Staaten“ phantastisch bereichern würden. Wie selbige Menschen und Staaten heißen, ist kein Geheimnis. Die Entwicklung der KI bezeichnete

Trump als nächste industrielle Revolution, die bis zu 25 % des BIP der USA absichern könnte. Da er den Begriff „künstlich“ als ungenau empfinde, schlage er dafür drei Alternativen vor: „vorzüglich“, „extrem“ und „überragend“. Der Präsident kündigte die Schaffung spezieller „KI-Streitkräfte“ (AI Force) an und zog dabei eine Analogie zu den Weltraumstreitkräften des Pentagons, die während seiner ersten Amtszeit ins Leben gerufen wurden.





Die Besitzansprüche der Machthaber in Washington kennen keine Grenzen. Anfang September veröffentlichte Trump in seinem sozialen Netzwerk ein Foto des natürlichen Erdtrabanten mit der Aufschrift „Unser Mond“ (*The Moon is ours*) und mit der US-Flagge, womit er an den Vater des britischen Imperialismus, Cecil Rhodes, anschloss, der vor über hundert Jahren ausrief: „Wie schade, dass wir die Sterne nicht erreichen können; ich würde die Planeten annektieren.“ Wie steht es dann erst um unsere gar nicht so große Erde. Vor kurzem präsentierte Trump eine neue Karte mit der Stripes-And-Stars-Flagge, die Kanada, Grönland, Island, Mexiko, ganz Mittelamerika und die Inseln der Karibik, einschließlich Kuba, umfasste.
Miguel Díaz-Canel und Claudia Sheinbaum erklärten allerdings, dass Kuba wie Mexiko niemandes Kolonien werden würden.
Der kanadische Premierminister Mark Carney sprach sich im Interesse einer Diversifizierung der Außenbeziehungen für die wirtschaftliche Assoziierung mit der Europäischen Union aus. Die Idee wurde von Brüssel unterstützt, löste jedoch Sanktionsdrohungen seitens der USA aus.

Die Konfrontation mit Kanada spiegelt die Verschlechterung der amerikanisch-britischen Beziehungen wider, die auch andere Teile der Welt betrifft. Kürzlich versprach Trump dem argentinischen Präsidenten Milei, London in der Frage der Zugehörigkeit der Falkland-Inseln (Malvinen) nicht zu unterstützen. Am 12. September 2026 sprach sich der US-Präsident während seines Besuchs in Dublin für die Vereinigung der Republik Irland mit dem nördlichen Teil der Insel aus, der zum Vereinigten Königreich gehört. Zwei Tage später unterzeichneten die First Minister der autonomen Regierungen von Schottland, Wales und Nordirland in der walisischen Hauptstadt Cardiff eine Erklärung über das unveräußerliche Recht dieser drei Völker auf Selbstbestimmung. Sie verurteilten den Brexit, den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union vor zehn Jahren, der der Wirtschaft der drei autonomen Regionen großen Schaden zugefügt habe.
Damals nutzte ich bereits die Gelegenheit anzumerken, dass der Brexit droht, Jahrhunderte währende Verbindungen zwischen den Inselnationen zu zerstören. Und nun fordert der schottische Ministerpräsident John Swinney seinen britischen Amtskollegen Andy Burnham auf „zu akzeptieren, dass er als letzter Premierminister des Vereinigten Königreichs in die

Geschichte eingehen wird“. Ohne das Prinzip der Selbstbestimmung in Frage zu stellen, erlaube ich mir heute die Befürchtung, dass unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen vor allem das imperiale Washington von dessen Umsetzung profitieren wird.

Anfang November stehen in den USA die Kongress-Zwischenwahlen an. Allen Angaben zufolge sinkt die Popularität des Präsidenten, vor allem aufgrund der anhaltenden militärischen Konfrontation mit dem Iran und der wechselseitigen Blockade der Straße von Hormus. Daraus resultieren gigantische Staatsbudgetkosten, vom Pentagon heruntergespielte Verluste an Menschenleben, steigende Weltmarktpreise für Öl und steigende Kraftstoffpreise in den USA, während sich die Ölkonzerne auf Kosten der Mehrheit der Bürger bereichern. Es wäre keine Überraschung, wenn die Republikaner ihre Mehrheit im Kongress verlieren würden und dort Vertreter des linken Flügels der Demokratischen Partei an Einfluss gewinnen würden.
Immer und überall greifen in solchen Fällen Rechtsextreme zu illegalen Mitteln im Kampf um die Macht. In seiner Rede auf dem Parteitag der Republikaner in Dallas versprach Trump, im Falle eines Wahlsiegs jedem Amerikaner eine Prämie von 5.000 Dollar auszuzahlen, was den Staatshaushalt 1,2 Milliarden Dollar kosten würde. Etwa genauso viel wurde bereits in den Wahlkampf investiert, größtenteils durch Republikaner, die 20 reichsten Spender. Die Wähler werden mit Angstmache vor einer „kommunistischen Bedrohung“ eingeschüchtert. Der rechtsgerichtete Senator Ted Cruz bezeichnete den Bürgermeister von New York und andere links-zentristische Demokraten öffentlich als „Kommunisten“; auf dem Republikaner-Parteitag skandierten die Ultras: „Erschießt sie, tötet sie!“ Auf dem offiziellen Account des Präsidenten wurde ein Video veröffentlicht, in dem verkündet wird: „Gott schenkte uns Donald Trump, um das Land zu retten und gegen Feinde, incl. Marxisten, zu kämpfen.“ Solche Stereotypen im Geiste von Senator Joe McCarthy, des Hetzjägers auf Linke in den 1950er Jahren, überraschen nicht. In den USA kam das Buch „Amerikanische Mitternacht“ (American Midnight) des Historikers Adam Hochschild heraus, der herausfand, dass der erste politische Mentor des derzeitigen Präsidenten ein Freund von dessen Vater und naher Bekannter Joe McCarthys war, und dass Vater Fred Trump selbst als Teilnehmer eines Marsches des Ku-Klux-Klans verhaftet wurde, der von Gewaltorgien begleitet worden war.

Was aber geschieht am anderen Pol des globalen Gleichgewichts? Am 12. und 13. September 2026 tagte in Delhi der 18. Gipfel der BRICS-Gruppe. Der linke Politiker und Publizist Frei Betto aus Brasilien bezeichnete dieses Forum als das komplizierteste und vielleicht wichtigste seit der Gründung der BRICS vor 20 Jahren. Neben den Gründungsmitgliedern Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika umfasst die Gruppe mittlerweile sechs weitere vollberechtigte Mitglieder: Ägypten, Äthiopien, Indonesien, Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Diese elf Länder repräsentieren 45 % der Weltbevölkerung, 40 % des BIP und 25 % des Welthandels. Zusammen mit den assoziierten Mitgliedern der Gruppe trafen sich in Delhi Vertreter von mehr als 30 Ländern.



Die BRICS-Staaten bilden jedoch eine heterogene Gruppe. Zu ihnen gehört der Iran, der im Abwehrkampf gegen die Aggression der USA und Israels steht; ebenso gehören aber Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate dazu, in denen sich US-Militärstützpunkte befinden. Von diesen Stützpunkten aus werden Luftangriffe auf iranisches Territorium geflogen, während die iranischen Streitkräfte Vergeltungsschläge gegen diese Stützpunkte verüben; aus diesem Grund brachen die VAE ihre Beziehungen zum Iran ab.
Im Jemen spitzte sich der militärische Konflikt zu, in dem Saudi-Arabien die Regierung in Aden, der Iran dagegen die Houthi-Rebellen unterstützt. Auf Bombenangriffe der saudischen Luftwaffe auf Jemen reagierten die Huthis mit Angriffen auf Stützpunkte der saudischen Luftwaffe und mit der Sperrung der Meerenge von Bab el-Mandeb (arab. für „Tor der Tränen“) für saudische Tanker.
Im Irak legten pro-iranische Milizen in der Region eine saudische Ölpipeline lahm, über die zuvor Öl unter Umgehung der Meerenge von Hormus und der Meerenge von Bab el-Mandeb exportiert werden konnte.
In dieser angespannten Lage gelang es den Teilnehmern des BRICS-Gipfels immerhin, sich auf Abschlussdokumente zu einigen. Am 12. September 2026 wurde eine Deklaration mit 140 Punkten unterzeichnet. Darin heben Beobachter insbesondere Folgendes hervor:

1. die Besorgnis über die Eskalation militärischer Konflikte, die Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität des Libanon, Syriens und des Sudans sowie die Forderung nach Gründung eines palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt;
2. die Verurteilung einseitiger Sanktionen und Zwangsmaßnahmen, die gegen das Völkerrecht verstoßen;
3. die Unterstützung einer Reform des UN-Sicherheitsrats, der Weltbank und des IWF mit dem Ziel, die Vertretung der Länder des Südens in diesen Gremien zu stärken;
4. die Forderung an die USA, alle Zwangsmaßnahmen gegen Kuba aufzuheben, verbunden mit der Bekräftigung der Aktualität einer Friedenszone in Lateinamerika und der Karibik.

Im Verlauf des BRICS-Gipfels fanden Treffen der Staatschefs der Russischen Föderation, der Volksrepublik China, Indiens und weiterer Länder statt. Der Besuch von Xi Jinping in Indien, der erste seit sieben Jahren, ermöglichte eine Einigung in Grenzfragen. Modi versicherte Putin, dass Indien trotz des Drucks seitens der USA weiterhin russisches Öl beziehen werde. Erörtert wurde die Schaffung eines einheitlichen Zahlungssystems zwischen den Zentralbanken der BRICS-Staaten, das die Rolle der nationalen Währungen stärken und die Abhängigkeit vom US-Dollar verringern soll. Der Vorsitz der BRICS geht im nächsten Jahr an die VR China über.
Am 13. September hielt der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez eine Rede auf der öffentlichen Sitzung des Gipfels. Im Namen seines Landes erklärte er: „Mit unserer bescheidenen Erfahrung sind wir bereit, einen Beitrag zur Stärkung dieser immer wichtiger werdenden BRICS-Gruppe zu leisten, der als Vollmitglied beitreten zu können wir erhoffen.“ Nach den Worten des Ministers habe die BRICS das Potenzial, ein Faktor des Friedens und der Sicherheit für alle sowie ein Faktor der Entwicklung, Gerechtigkeit und des Fortschritts für die Länder des globalen Südens zu werden, was zur Schaffung einer neuen Weltordnung auf Grundlage des Völkerrechts und der souveränen Gleichheit der Staaten notwendig sei. Bruno Rodríguez betonte, dass „die verbrecherische Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade Kubas durch die USA in einem beispielloses Grad verschärft wurde. Es handele sich um einen Akt der kollektiven Bestrafung des gesamten kubanischen Volkes. Würde man der US-Regierung gestatten, die kleine Nation zu zerstören, um deren politisches

System zu verändern oder mit einer anderen Absicht, so würde die Welt noch gefährlicher werden, als sie ohnehin schon ist. Was würde danach kommen, wer wäre als nächster an der Reihe?“

Als Reaktion auf die Versuche der BRICS-Staaten, ihre Lebensinteressen gemeinsam zu verteidigen, unterzeichnete Trump am 17. September 2026 das bereits von beiden Kammern des Kongresses verabschiedete Gesetz über die „höllischen Sanktionen“ gegen Russland und den Iran. Es sieht Sanktionen gegen die Zentralbank und andere Finanzinstitute, gegen die größten staatlichen Energieprojekte sowie gegen die sogenannte Schattenflotte vor, die russische Waren unter der Flagge von Drittländern transportiere. Geplant ist die Einführung von Zöllen von bis zu 100 % gegen die führenden Abnehmer von russischem Öl und Gas, vor allem China, Indien, Frankreich, Japan und andere. Diese Maßnahmen überlässt der Kongress dem Ermessen des Präsidenten und übergibt ihm damit ein neues Druckmittel gegen souveräne Staaten, die Weltwirtschaft und die US-amerikanischen Gesellschaft.

Im Kreml wird die Verabschiedung des antirussischen Gesetzes zu jenen anderen „unfreundlichen Akten“ gerechnet, welche die Bemühungen um eine Lösung des Ukraine-Konflikts erschweren werden. Das ist das Geringste, was zu sagen wäre. Eine logische Antwortreaktion wäre die Wiederaufnahme der Öllieferungen nach Kuba sowie die Nichtbefolgung aller Sanktionen gegen den Iran und andere Länder, die den USA ein Dorn im Auge sind.

In Brasilien, einem der größten BRICS-Länder, findet am 4. Oktober 2026 der erste Wahlgang der allgemeinen Wahlen statt. Dem amtierenden Staatschef und historischen Führer der Partei der Arbeiter (PT), Lula da Silva, steht Flávio Bolsonaro gegenüber, Sohn des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, der wegen des versuchten Staatsstreichs eine Haftstrafe verbüßt.



Zum ersten Mal treten sieben linke Parteien bereits im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen geschlossen auf. Für sie sprechen große wirtschaftliche und soziale Erfolge, darunter die Einführung der 5-Tage-Woche ohne Lohneinbußen. Das Motto der links-zentristischen Koalition lautet: „Brasilien kann mehr“. Dem Aufruf der PT folgend fand am 13. September in 26 von 27 Bundesstaaten ein Tag der Massenaktionen statt, mit 1120 Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen. Lula rief die Bevölkerung dazu auf, die Souveränität der Nation, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und für kostenlose Bildung für alle zu unterstützen. Er verband die Zukunft des Landes mit der eigenständigen Förderung und Verarbeitung von Erdöl, Seltenerdmetallen und anderen strategischen Ressourcen, die Washingtons Gier wecken würden. „Nein, sie gehören uns“, erklärt Lula. „Bei diesen Wahlen entscheidet sich die Zukunft jedes Brasilianers, Ihrer Kinder, Ihrer Familie und ganz Brasiliens.“
Am 14. September erläuterte Daniela Marques, Wirtschaftskoordinatorin der Wahlkampagne von Jair Bolsonaro, ausführlich, was das Land im Falle von dessen Sieg erwarte: „Wir lassen uns von den Reformen inspirieren, die die Regierung von Javier Milei in Argentinien durchführt.“ Angesichts der schwierigen Lage, in die selbige Reformen die argentinischen Werktätigen gebracht haben, ist zu verstehen, warum Lula bis vor kurzem mit 7 bis 10 Punkten noch vor Flávio Bolsonaro lag. Seit Mitte September hat sich der Abstand jedoch so verringert, dass er statistisch zu vernachlässigen ist. Nach neuesten Daten billigt etwa die Hälfte der Befragten die Art und Weise nicht mehr, wie die Regierung das Land führt; dabei befürchtet oder fürchtet eine fast gleich große Zahl, jeweils 46 %, den Sieg von Lula bzw. Flávio.
Offenbar liefert der Angstfaktor einen Schlüssel zur Erklärung dieser Pattsituation. Die Verschärfung der Blockade gegen Kuba, die Entführung des venezolanischen Präsidenten, die Einmischung von Trump und Milei in die Angelegenheiten Brasiliens, deren Wahlmanipulationen und Repressionen in den Nachbarländern, Kriege in Europa und im Nahen Osten, steigende Ölpreise – all dies zieht den Ring um das souveräne Brasilien immer enger. Kein privates oder staatliches Unternehmen wagt es mehr, wenigstens humanitäre Hilfe nach Kuba zu liefern, aus Angst vor Sanktionen aus Washington. Die brasilianische Regierung ist daher, ebenso wie die mexikanische, gezwungen, den Transport dem Militär zu übertragen.
Kürzlich besuchte US-Außenminister Rubio Kolumbien, Ecuador und Peru, die dem proamerikanischen Militärbündnis „Shields of the Americas“ angehören, dem Brasilien und Uruguay bisher den Beitritt verweigerten. In den Medien ist ein vertraulicher Bericht des brasilianischen Geheimdienstes durchgesickert, wonach die USA in die Wahlen am 4. Oktober eingreifen und einen Bruch Brasiliens mit China anstreben werden. Die USA drohten, den „Magnitsky Act“ gegen die brasilianische Justiz wegen Verletzung der „Rechte“ des Bolsonaro-Clans anzuwenden. Umgehend kam es im Obersten Bundesgericht zur Spaltung mit wechselseitigen Vorwürfen von Rechtsverstößen, obwohl dieselben Richter früher die Familie Bolsonaro wegen genau dieser Vorwürfe angeklagt hatten.

In diesen Tagen kam es auch zu wichtigen Ereignissen in den brasilianisch-kubanischen Beziehungen. Der brasilianische Außenminister Mauro Vieira schlug im Rahmen des BRICS-Gipfels vor, die Verurteilung der US-Blockade gegen Kuba sowie die Forderung nach deren Aufhebung in die Abschlusserklärung aufzunehmen. In Kuba ist eine humanitäre Hilfslieferung der brasilianischen Bewegung der Landlosen (MST) eingetroffen. Für die

langjährige Solidarität mit der „Insel der Freiheit“ zeichnete Präsident Díaz-Canel die MST mit der Freundschaftsmedaille aus und überreichte diese Auszeichnung in Havanna an Vertreter



dieser Bewegung. Anlässlich des 120. Jahrestags der Aufnahme der brasilianisch-kubanischen Beziehungen, des 40. Jahrestags ihrer Wiederaufnahme nach dem Abbruch durch das Militärregime in Brasília und des 100. Geburtstags von Fidel Castro wurde am 17. September 2026 in Havanna ein Haus Brasiliens eröffnet. Das war eine langjährige Idee der Teilnehmer von Solidaritätsbewegungen beider Länder, darunter des Stadthistorikers der kubanischen Hauptstadt Eusebio Leal und des Brasilianers Hélio Dutra Domingues, der von 1945 bis zu seinem Tod 2004 in Havanna lebte und im Pantheon der revolutionären Emigranten in Havanna beigesetzt wurde. Nun ist dieser Traum wahr geworden. In seiner Rede bei der Eröffnung des Hauses betonte der brasilianische Botschafter in Kuba, Christian Vargas, dass sein Land in Kürze in der UNO die Verurteilung der US-Blockade gegen die Insel bekräftigen werde.
In Solidarität mit den Kämpfern gegen Faschismus und Interventionismus, für Souveränität, die Rechte der Arbeiter und für echte Demokratie wünschen wir unseren Freunden Standhaftigkeit und Siegeszuversicht.

No pasarán! Patria o muerte! Venceremos!